

Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit

Der HA XX war mit der Dienstanweisung Nr. 2/85 des Ministers für Staatssicherheit »zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« vom 20. Februar 1985 die Federführung innerhalb des MfS zu diesem Aufgabenkomplex übertragen worden. Damit wurde den neuen Lagebedingungen der 80er Jahre und den Erfordernissen Rechnung getragen, durch bessere Koordinierung der Maßnahmen des MfS auf diesem Gebiet Störungen der Politik der SED, speziell ihrer Außenpolitik, zu verhindern. Allen operativen Diensteinheiten einschließlich der Hauptverwaltung Aufklärung wurden in Übereinstimmung mit ihrer strukturell festgelegten Verantwortung spezifische Aufgaben zur Aufklärung und vorbeugenden Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit übertragen.

Zum Verständnis dieses Aufgabenkomplexes ist es zunächst notwendig, begriffliche Klarheit zu schaffen. In den Aufgabenstellungen für die HA/Abt. XX finden sich weder die »Verfolgung politisch Andersdenkender« noch die Aufklärung und Bekämpfung »politischer Opposition«. Der Begriff »Bürgerrechtsbewegung« wurde zu DDR-Zeiten noch nicht einmal von jenen benutzt, die diese heute repräsentieren wollen bzw. sollen. Da die Terminologie des MfS wenig geeignet ist, einen Konsens über die Gegenstände der öffentlichen Diskussion zu erreichen, ist es andererseits geboten, im allgemeinen Sprachgebrauch verständliche Synonyme zu benutzen. Dabei entsteht jedoch immer die Gefahr, daß bereits mit der Wahl der Begriffe dem Zeitgeist entlehnte Klischees bedient und Assoziationen angeregt werden, die sachliche Erörterungen behindern oder ganz verhindern.

Ein solcher Begriff ist der *der Andersdenkenden*. Es war zu keinem Zeitpunkt Aufgabe des MfS, Maßnahmen gegen Personen einzuleiten, nur weil diese *anders* gedacht haben. Gegenstand des Interesses des MfS war das konkrete Handeln von Personen, soweit sich Anhaltspunkte (Indizien) für oder der konkrete Verdacht von Straftaten gemäß StGB der DDR ergaben. Die DDR hatte kein Gesinnungsstrafrecht. Niemand wurde wegen seiner politischen Überzeugungen verurteilt, sondern stets für konkretes Tun oder Unterlassen, letzteres in Negierung konkreter Rechtspflichten für ein bestimmtes Handeln.

Jede Straftat hatte natürlich eine subjektive Seite, die auch die Einstellungen und Motive von Personen erfaßte. Ohne eine objektive Seite, ohne nachprüfbare Verletzung von Straftatbeständen handelte es sich aber um keine Straftat.

634

Auch aus der Gauck-Behörde wurde bestätigt, daß »Andersdenkende« für das MfS erst relevant geworden seien, »wenn sie Spuren gezogen« hätten, also aus der Privatsphäre herausgetreten wären.⁶⁹

Im MfS wurde *politische Untergrundtätigkeit* als Handeln von Personen definiert, das auf die Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR mit dem Ziel ihrer Beseitigung gerichtet war. Es ging um die Sammlung, Zusammenführung und Organisierung von Personen und Personengruppen, d. h. um die Schaffung einer personellen Basis und deren Ausrichtung auf politische Forderungen, die auf den Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung der DDR zielten.

Mit der Dienstanweisung 2/85 wurde – gestützt auf die Analyse der vorhandenen, auf die Eroberung legaler Spielräume gerichteten Erscheinungsformen und unter Beachtung der Prämisse, daß politische Untergrundtätigkeit hauptsächlich mit politischen Mitteln zu bekämpfen sei – eine handlungsorientierte Definition vorgenommen. In den Mittelpunkt gerückt wurden insbesondere die diesen Zielen dienende Erarbeitung politischer Konzeptionen, der organisatorische Zusammenschluß von Personen, die Schaffung von Organisations- und Kommunikationsstrukturen sowohl im Innern der DDR als auch nach außen, sowie öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zum Zwecke der Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse in der DDR einschließlich der dabei angewandten konspirativen Mittel und Methoden. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Aufdeckung der inspirierenden, steuernden und unterstützenden Rolle feindlicher Stellen und Kräfte aus der BRD, Westberlin und anderen westlichen Staaten in diesen Prozessen.

Der Begriff des *Widerstandes* wird heute besonders gern benutzt, suggeriert

er doch eine Identität mit dem ehrenhaften Widerstand gegen das Nazi-Regime. Mit diesem Begriff werden de facto zunächst alle politisch motivierten Straftaten in der DDR nachträglich geädelt: Sprengstoffanschläge und Morddrohungen gegen Funktionäre, faschistische Bekundungen, Wehrdienstverweigerung, Spionage, selbst vorrangig aus kriminellen Motiven resultierende Wirtschaftsstraftaten oder eine egoistische »Flucht« ins vermeintliche Paradies ... Als Alibi wird auf angeblich 200.000 politisch Verurteilte in 40 Jahren DDR verwiesen. Diese Zahl wird aber gleichzeitig relativiert, indem man erklärt, es seien weitere Untersuchungen erforderlich. Über die tatsächliche Zahl und die konkreten Straftaten wird hartnäckig geschwiegen, obwohl ausreichende Erkenntnisse aufgrund der Rehabilitierungen und Entschädigungen eigentlich längst vorliegen müßten.

635

Es deutet sich eine extensive Auslegung und Verfälschung des Begriffes »politischer Häftling« an, weil ja alle Urteile des »Unrechtsstaates DDR« in Frage gestellt werden.

Der Begriff der *Opposition*, verstanden als politische Gegnerschaft und entsprechendes Handeln im Rahmen oder am Rande der Legalität, ist noch am besten geeignet, ein reales Bild davon zu vermitteln, womit sich das MfS bei der Bekämpfung »politischer Untergrundtätigkeit« beschäftigt hat. In diesem Kontext laufen zahlreiche Legenden um, denen entgegengetreten werden muß. Zunächst ist festzustellen, daß das Potential der politischen Opposition in der DDR auch im Verhältnis zu anderen sozialistischen Staaten relativ klein war. Hubertus Knabe⁷⁰ ist in diesem Zusammenhang ausnahmsweise zuzustimmen, wenn er ausführt, politische Opposition »blieb, vor allem wegen des starken Verfolgungsdrucks sowie der ständigen Abwanderung des kritischen Potentials, eine Ausnahmeerscheinung ... Politischer Protest artikulierte sich vor allem in den Anfangsjahren und in der Schlußphase der SED-Herrschaft.«⁷¹

Von einer organisierten politischen Opposition in der DDR kann erst in den 80er Jahren die Rede sein. Analysen der HA XX gingen 1988/89 von insgesamt 2.000 (kirchliche Angaben: 3.000) Personen in etwa 150 relevanten Zusammenschlüssen aus, die sich politisch äußerst differenziert zusammensetzten und seinerzeit in den evangelischen Kirchen als Gruppen bezeichnet, nicht selten auch als »unabhängige Friedensbewegung der DDR« dargestellt wurden. In einer Parteinformation des MfS vom 1. Juni 1989 wird über etwa 160 derartige Zusammenschlüsse mit einem Gesamtpotential von ca. 2.500 Personen berichtet, darunter ein harter Kern von etwa 60 von Sendungsbewußtsein, persönlichem Geltungsdrang und politischer Profilierungssucht getriebenen, vielfach unbelehrbaren Feinden des Sozialismus.⁷² Diese Zusammenschlüsse bezeichneten sich – wie in dieser Information weiter ausgeführt wird – als »Friedenskreise« (35), gemischte »Friedens- und Umweltgruppen« (23), »Ökologiegruppen« (39), »Frauengruppen« (7), »Ärztekreise« (3), »Menschenrechtsgruppen« (10) oder »3. Welt-Gruppen« (39). Zehn Zusammenschlüsse hatten sich überregional koordinierender Funktionen und Aufgaben angenommen und gliederten sich in Regionalgruppen wie der Fortsetzungsausschuß »Frieden konkret«, der Arbeitskreis »Solidarische Kirche«, die »Kirche von unten«, das »Grün-ökologische Netzwerk Arche«, die »Initiative Frieden und Menschenrechte« und der »Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer«. Bei allen genannten Personenkreisen handelte es sich fast ausschließlich um unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierende Gruppen und Gruppierungen.

636

Hans-Jochen Tschiche, nachmals Minister in Sachsen-Anhalt, äußerte zur Opposition in der DDR: »Die Gruppe der Oppositionellen war bei Lichte gesehen nur eine kleine Minderheit von vielleicht 300 Leuten. Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung war so oder so mit dem System verflochten.

«⁷³ Dem kann noch ein Zitat von Gerd Poppe hinzugefügt werden:

»Ich habe zu DDR-Zeiten immer gedacht, es würde überall im Lande solche oppositionelle Gruppen geben wie unsere. Aber nach der Wende habe ich festgestellt, daß es nur ganz wenige sogenannte Bürgerrechtler gab. Ehrlich gesagt, ich kannte sie alle.«⁷⁴

Oft wird behauptet, daß diese Opposition ausschließlich für einen besseren Sozialismus, für mehr Demokratie und den Erhalt der DDR angetreten

sei. Bei den relativ wenigen vorliegenden Dokumenten mit theoretischem oder programmatischem Anspruch handelt es sich im wesentlichen um Studien, Ausarbeitungen und Konzeptionen einzelner Persönlichkeiten aus den Reihen kirchlicher Amtsträger (Hans-Jochen Tschiche, Heino Falcke, Friedrich Schorlemmer u. a.), die teilweise von einem »verbesserlichen Sozialismus« ausgingen, deren Vorstellungen aber von den Gruppen kaum wahrgenommen und auch nicht als Anleitung zum Handeln verstanden wurden.

Inzwischen wird auch von sogenannten Bürgerrechtlern eine vorgebliche Identifikation mit sozialistischen Ideen und Zielen zurückgewiesen. Rainer Eckert untersuchte die als illegale Publikation in der DDR gefertigten und verbreiteten »radix-Blätter«⁷⁵ und verwies dabei auf die »Theorieferne« der Mehrzahl der »Oppositionsgruppen«. Zu den »radix-Blättern« schrieb Eckert 1999 im »Deutschlandarchiv«: »Der immer wieder gegen die Gruppen erhobene Vorwurf einer übergroßen Sozialismus-Affinität geht ins Leere. In den Papieren tauchte der Begriff ›Sozialismus‹ kaum auf ... Wenn auch als Zukunftsvision gelegentlich ein ›demokratischer Sozialismus‹ genannt wurde, so waren die erhobenen Forderungen doch nicht systemimmanent, sondern systemsprengend.«⁷⁶

Hubertus Knabe legt bei der Besprechung einer von Tina Krone herausgegebenen Dokumentation von Briefen an das »Neue Forum« Wert auf die Feststellung: »Tatsächlich gibt es keinen Anlaß, die grundsätzliche Differenz zwischen der SED und den Bürgerbewegungen im Nachhinein einzuebnen. Gerade die führenden Akteure der friedlichen Revolution, zu denen auch Tina Krone gehörte, haben aus ihrer Ablehnung der SED-Herrschaft nie einen Hehl gemacht – ›systemimmanente‹ Argumentationen waren bei ihnen vor allem taktisch bedingt.«⁷⁹

Das MfS konnte bei seinen Einschätzungen davon ausgehen, daß die tatsächlichen Ziele der Gruppen aus taktischem Kalkül zunächst verdeckt wurden

637

und subjektive Vorstellungen keineswegs mit den objektiven Wirkungen bestimmten Handelns übereinstimmten. Das Auftreten der radikalsten Gruppen stellte sich als ein vorwiegend an den Bedürfnissen der westlichen Propaganda orientierter politischer Aktionismus dar.

Die Etablierung solcher Gruppen außerhalb und gegen die gesellschaftlichen Strukturen der DDR bedeutete eine politische Machtverschiebung, die auf den Einstieg in eine Phase des Umsturzes der politischen Verhältnisse mit konterrevolutionärem Charakter gerichtet sein konnte und erwiesenermaßen auch war.

Bekennende Antikommunisten wie Rainer Eppelmann und Erhart Neubert haben als Vertreter des von ihnen mitbegründeten »Demokratischen Aufbruch« zunächst auch öffentlich einer sozialistischen DDR das Wort geredet, obwohl unter Insidern – gestützt auf umfangreiche Erkenntnisse – kein Zweifel daran bestand, daß es sich dabei nicht um ihre eigentliche politische Zielsetzung gehandelt hat. Vielmehr ging es ihnen um die Vernichtung der DDR. Lediglich eine Minderheit unter den Angehörigen dieser Gruppen war ehrlich darum bemüht, die DDR als sozialistischen Staat zu erhalten und daran mitzuwirken, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme konstruktiv zu lösen und die Deformationen des Sozialismus-Versuches in der DDR zu beseitigen.

Die Mehrheit der Mitglieder der »oppositionellen« Gruppen hatte – soweit überhaupt erkennbar – nur nebulöse politische Zielvorstellungen. Sie sympathisierte mit den damaligen politischen Positionen der »Grünen« in der BRD und suchte einen illusionären »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sie wollte eine andere DDR – wobei weitgehend offenblieb, wie diese aussehen und funktionieren sollte.

Ob sie es wollten oder nicht: Objektiv haben sie die Restauration der alten kapitalistischen Verhältnisse in der DDR maßgeblich mit ermöglicht. Und sie verloren in der Regel ihre kurzzeitige politische Bedeutung, nachdem die eigentlichen Macher im Hintergrund das Heft des politischen Handelns fest in der Hand hatten.

Dem MfS im allgemeinen und der HA XX im besonderen wird vorgeworfen, diese Menschen erst zu Feinden der DDR gemacht zu haben. Diese Unterstellung folgt dem allgemeinen Schema, das gegen das MfS heutzutage jeder Recht hat, alles behauptet werden kann, auch wenn es dafür keine stichhaltigen Anhaltspunkte und Beweise gibt.

Es wäre zutiefst zu bedauern, wenn Personen tatsächlich aufgrund ungerechter Behandlung und Ausgrenzung – die es zweifellos gegeben hat – politisch die Seiten gewechselt haben sollten.

638

Anerkennung und Respekt verdienen solche Menschen, die trotz Verfolgung oder Benachteiligung in der DDR auch heute noch an linken politischen Positionen festhalten oder festhielten. Für sie stehen Namen wie Wolfgang Harich, Rudolf Bahro, Gerhard Zwerenz, Thomas Klein und andere.

Das MfS war in seinen Einschätzungen vor Fehlern und Irrtümern nicht gefeit. Auch die Mitarbeiter des MfS waren von den ideologischen Prämissen der SED geprägt. Das führte mit dazu, daß – bezogen auf einzelne Personen – berechnete Forderungen und von der »Parteilinie« abweichende Auffassungen als *feindlich-negativ* gewertet wurden. Politische Wachsamkeit – bei vielen Vorgesetzten gepaart mit schmerzlichen Erfahrungen aus der Zeit ihres Kampfes gegen den Faschismus und in den harten Konfrontationen des Kalten Krieges – führte mitunter zu ungerechtfertigtem Mißtrauen und subjektiven Vorurteilen. Geheimhaltung, Konspiration und militärische Disziplin in der Arbeit des MfS bedingten, daß vorgegebene Wertungen und Einschätzungen oftmals nicht ausreichend hinterfragt und damit kritiklos akzeptiert und übernommen wurden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Auftreten vieler sogenannter Bürgerrechtler, besonders der vom MfS als Exponenten politischer Untergrundtätigkeit eingeschätzten Personen, scheint das damalige Urteil zu bestätigen. Manche haben um des eigenen Fortkommens willen inzwischen mehrfach die Parteien gewechselt.

Zweifellos fielen manche Einschätzungen über »politische Repression« in der DDR heute anders aus, wenn die SED-Führung von einer realistischen politischen Konzeption ausgegangen wäre und in erster Linie tatsächlich geeignete, politische Mittel in der Auseinandersetzung eingesetzt hätte. Unumgängliche repressive Maßnahmen hätten überzeugend begründet und angewandt werden müssen. Die Defizite der DDR bei der sozialistischen Demokratie und der Informationspolitik sowie die politische Erstarrung der SED boten dafür aber nur wenig Spielraum. Dem Wesen nach politische Fragen wurden nicht mit politischen Mitteln geklärt, sondern auf das MfS abgeschoben, so daß letztlich immer wieder repressive und administrative Lösungen angestrebt wurden.

Auch wenn es dabei nur in Ausnahmefällen und meist nur zu kurzzeitigen Inhaftierungen und so gut wie überhaupt nicht zu Verurteilungen kam (in den 80er Jahren fand kein einziger politischer Prozeß gegen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit agierende Personen statt), konnten positive Veränderungen der politischen Lage auf diese Weise nicht erreicht werden. Auch bei optimalen Bedingungen hätten die unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierenden Gruppen nur eine marginale Rolle bei einer sozialistischen Reformbewegung in der DDR spielen können. Dazu

639

reichte ihr intellektuelles und theoretisches Potential nicht aus, ganz zu schweigen von ihrem kaum vorhandenen Einfluß auf weitere Bevölkerungskreise.

Sie verfügten über kein klares theoretisches Konzept, keine politischen Integrationsfiguren und waren in sich zerstritten. Die entscheidenden Reformkräfte befanden sich innerhalb der SED selbst, waren jedoch durch die Parteidisziplin weitgehend an einer Entfaltung gehindert. Der Disziplinierungsdruck wurde in der SED in den letzten Jahren ihrer Existenz noch verschärft. Davon zeugen Zahl und Inhalt von Parteiverfahren in diesem Zeitraum.

Zu den umlaufenden Legenden zählt auch, daß »oppositionelle Gruppen« in der DDR ausschließlich aus der inneren Situation in der DDR heraus entstanden seien. Natürlich hat die SED Probleme und Schwierigkeiten mit Vorliebe auf äußere Einflüsse zurückgeführt. Das MfS war angetreten, die gegnerische Beeinflussung von außen durch seine Maßnahmen nachzuweisen. Aber eine historisch unbestreitbare, durch vielfältige beweiskräftige Erkenntnisse des MfS unterlegte Tatsache bleibt, daß sich die Gruppen in der DDR der massiven Hilfe von Kräften aus der BRD sicher sein konnten, von dort aus nicht nur aktiv unterstützt und politisch aufgewertet, sondern weitgehend instruiert, angeleitet und materiell ausgestattet wurden.

Von der westlichen Seite wurde die sogenannte unabhängige Friedensbewegung der DDR oft auf eine Stufe mit der »Charta 77« in der CSSR und der »Solidarnosc« in der VR Polen gestellt. Es gab zahlreiche – durch abgestimmte

Maßnahmen der sozialistischen Sicherheitsorgane verhinderte – Versuche, diese Bewegungen zusammenzuführen und ihr Handeln untereinander zu koordinieren. Mittlerweile wird offen ausgesprochen, in welchen Größenordnungen Millionenbeträge aus dem Westen zur Unterstützung der »Charta 77« – speziell ihres Projektes der Betätigung »unabhängiger Universitäten« – und unter Einschaltung westlicher Gewerkschaftsverbände zur »Solidarnosc« flossen. Es gibt Angaben darüber, was allein der BND an Mitteln bereit stellte, um »kommunistisch« apostrophierte Regierungen in Spanien und Portugal zu verhindern. Höchst aufschlußreich dürfte sein, was alles zum Vorschein käme, wenn die staatlichen und Geheimdienstarchive der BRD und ihrer Verbündeten ohne vorherige »Sterilisierung« geöffnet werden würden. In diesem Zusammenhang ist auch auf das im Dezember 1983 vom USKongreß verabschiedete »Projekt Demokratie« hinzuweisen, mit dem Milliardensummen für die politische Subversion gegen die sozialistischen Länder bereitgestellt wurden. Eines seiner Unterprojekte war ausdrücklich der Schaffung und verdeckten Beeinflussung sowie der materiellen, finanziellen und propagandistischen Unterstützung »unabhängiger Organisationen« in den sozialistischen Ländern gewidmet.

640

Vor und unmittelbar nach Gründung der DDR waren durch die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« und die politische Integration der *Blockparteien* unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht die wesentlichsten oppositionellen Potentiale aus den früheren bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie wie auch aus der SED selbst erheblich reduziert worden. Nicht wenige aus diesem Personenkreis sind in die Westzonen und später in die BRD übersiedelt.

Im Rahmen der politischen Abwehrarbeit in den Blockparteien war die Arbeit der HA/Abt. XX selbstverständlich auf die Erhaltung und den Ausbau des Bündnisses der SED mit diesen Parteien bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft gerichtet. Der Umfang des entsprechenden Einsatzes des MfS konnte kontinuierlich verringert werden, da es in den Blockparteien kaum divergierende Auffassungen zur Politik der SED und der Regierung der DDR gab. Erst 1989 wurden durch Prof. Manfred Gerlach in der LDPD und in der Thüringer CDU eigenständige Reformkonzepte entwickelt, die der HA XX zwar zur Kenntnis gelangten, aber nicht Gegenstand einer operativen Bearbeitung waren.

Unter den Intellektuellen der DDR – neben Kunst- und Kulturschaffenden auch *Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz* an den Hochschulen und Universitäten – fanden sich immer wieder einzelne Personen, die sich in Widerspruch zu inhaltlichen Problemen der Politik des SED setzten, spätestens mit Beginn der 70er Jahre jedoch mehrheitlich eine Verbesserung und Weiterentwicklung des real existierenden Sozialismus in der DDR anstrebten.

Auch westliche Quellen gehen davon aus, daß »die Hochschulen in den siebziger und achtziger Jahren keine Zentren der Opposition waren«.⁷⁸ Mechanismen der politischen Disziplinierung durch die Parteiorganisationen und die jeweiligen staatlichen Leiter verfehlten nur selten ihre Wirkung, verhinderten offenkundig aber in bestimmten Umfange zugleich die notwendige geistige Auseinandersetzung über Weg und Ziel des Sozialismus.

Die HA/Abt. XX wurden nur in einer überschaubaren und begrenzten Zahl von Fällen »politischer Abweichler« an Universitäten und Hochschulen aktiv.

Unter mehreren oppositionellen Gruppen und Einzelpersonen der 50er Jahre, gegen die auch strafrechtliche Maßnahmen angewandt und die Untersuchungen durch das MfS geführt wurden, ist die Gruppierung um den damaligen Cheflektor des Aufbau-Verlages Wolfgang Harich die mit Abstand bedeutendste. Ihr gehörten weitere Personen vorwiegend aus dem Aufbau-Verlag, darunter auch dessen Leiter Walter Janka, sowie aus der Redaktion der kulturpolitischen Zeitschrift »Sonntag« an.

641

Harich hatte als der theoretische Kopf dieser Gruppierung eine politische Plattform entworfen, deren Kernstück es war, die SED für die westdeutsche Sozialdemokratie bündnisfähig zu machen und gemeinsam die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.⁷⁹

Die Konzeption Harichs enthielt laut dem Urteil des Obersten Gerichts 1957 folgende Forderungen: »Anerkennung, daß die KPD durch ihre vor 1933 betriebene Politik schuld an der Machtergreifung des Faschismus sei, Anerkennung

der verleumderischen Behauptung Schumachers, daß der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien im Jahre 1946 nicht auf demokratischer Grundlage erfolgt sei, Beseitigung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Zulassung und Verbreitung bürgerlicher Ideologien, Auflösung der Nationalen Volksarmee, Auflösung aller Organe des Ministeriums für Staatssicherheit, Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf ökonomische Schwerpunkte, Lizenzvergabe an westdeutsche Unternehmer zur Errichtung von kapitalistischen Betrieben in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften auf dem Lande durch Auflösung der Staatsgüter, Auflösung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und Verkauf der MTS an die verbleibenden LPG.«⁸⁰

Harich hatte zur Durchsetzung seiner Forderungen Verbindungen zum Berliner Landesvorstand und zum Ostbüro der SPD hergestellt, diese mit dem wesentlichen Inhalt seiner Ziele und Konzeption vertraut gemacht und über Möglichkeiten der Unterstützung von ihrer Seite beraten. Er hatte sich darüber hinaus die Unterstützung westdeutscher Journalisten und Medien gesichert, die Bildung weiterer konspirativer Gruppen geplant und beabsichtigt, für den Fall der Nichterfüllung seiner ultimativen Forderungen über Westberliner Sender oder von Polen aus zum Streik aufzurufen.

⁸¹

Dies führte zu der Einschätzung, daß es sich um eine staatsfeindliche Tätigkeit handelt. Nicht unerheblich für diese Auffassung waren die zeitgleichen Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 und deren zentrale Rolle in den damaligen, alle sozialistischen Staaten betreffenden gegnerischen Umsturzplänen. Im November 1956 wurden die Mitglieder der Gruppierung um Harich inhaftiert und 1957 zu langjährigen Freiheitsstrafen nach Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykotthetze) verurteilt, »weil sie sich zu einer Gruppe zusammenschlossen, deren Ziel es war, unter Anwendung konspirativer Methoden, die durch die Verfassung und Gesetze geschützten gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik durch Drohung oder Gewalt zu verändern, die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus

642

preiszugeben und den Sturz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu erzwingen«.⁸²

Aus heutiger Sicht ist hinzuzufügen: Wolfgang Harich hatte zutreffend eingeschätzt, daß die Abrechnung mit den durch den XX. Parteitag der KPdSU aufgedeckten Verbrechen Stalins tiefgreifendere theoretische und organisatorische Konsequenzen erfordert hätte. Die weitere Entwicklung hat bestätigt, daß mit der unzureichenden Überwindung der von Stalin begründeten Deformationen des Sozialismus offenkundig wichtige Ursachen für den späteren Untergang des realsozialistischen Systems in Europa mit gesetzt wurden. Für politische Opposition der 60er und 70er Jahre im Wissenschaftsbereich (vorrangig Akademie der Wissenschaften, Hochschulen und Universitäten) stehen Namen wie Fritz Behrens, Arne Benary, Robert Havemann und Rudolf Bahro. (Die HA V [später XX] war bis Anfang der 60er Jahre strukturell für die Leitung und die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche der Akademie der Wissenschaften zuständig, die HA XVIII für die naturwissenschaftlichen Bereiche. Danach wurde die Akademie der Wissenschaften vollständig in den Verantwortungsbereich der HA XVIII eingegliedert.)

Der Operative Vorgang »Leitz« gegen Prof. Robert Havemann war durch die HA XX Anfang der 70er Jahre nach dessen Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, was für ihn Berufsverbot bedeutete, von der HA XVIII übernommen worden. Zu diesem Zeitpunkt war er durch die westliche Propaganda bereits zum bedeutendsten »Dissidenten« der DDR aufgebaut und für vielfältige politische Angriffe gegen die DDR mißbraucht worden. Um die entsprechende propagandistische Vermarktung und »Betreuung« Havemanns bemühten sich neben einer Reihe von westlichen Journalisten vorrangig Prof. Jäckel, Dr. (heute: Prof.) Wilke und Andreas Mytze aus Westberlin. Diese wurden wegen des Verdachts einer Tätigkeit für westliche Geheimdienste operativ bearbeitet.

Intensiv überprüft wurden auch Hinweise auf eine mögliche Kollaboration Havemanns mit faschistischen Geheimdiensten. Havemann war 1941 am Pharmakologischen Institut Berlin als »Militärischer Abwehrbeauftragter« und ein Jahr später zusätzlich als »politisch-polizeilicher Abwehrbeauftragter

« eingesetzt worden und in diesen Funktionen zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst (SD) und der Gestapo verpflichtet.
83 Als Mitglied einer antifaschistischen Widerstandsgruppe war er 1943 zum Tode verurteilt, im Unterschied zu seinen Mitstreitern aber nicht hingerichtet worden. Gemeinsam mit Erich Honecker saß er im Zuchthaus Brandenburg.

643

Auf Entscheidung Honeckers wurden gegen Havemann gesetzlich begründete Verfahren wegen Zoll- und Devisenvergehen im Zusammenhang mit ungesetzlichen Einkünften aus den Veröffentlichungen seiner Publikationen in der BRD bzw. Westberlin und eine Aufenthaltsbeschränkung zur Unterbindung seiner Kontakte in den Westen eingeleitet.

Diese Maßnahmen schädeten dem internationalen Ansehen der DDR.

Durch die sogenannte Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) wurden im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen gegen Havemann nach 1990 annähernd 50 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter des MfS eingeleitet. Nach einem zweieinhalbjährigen Prozeß, in dem die staatsanwaltliche Version eines vom MfS inszenierten sogenannten Drehbuch-Prozesses fallengelassen werden mußte, wurden die der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung angeklagten Richter und Staatsanwälte freigesprochen. Der BGH hob dieses Urteil auf und traf eigene veränderte Rechtsbewertungen, auf deren Grundlage vor den Landgerichten Berlin und Neuruppin ein MfS-Mitarbeiter und zwei Staatsanwälte zu Freiheitsstrafen mit Bewährung verurteilt wurden, und zwar nach bundesdeutschem Recht.

Nach dem laut Einigungsvertrag anzuwendenden DDR-Recht wäre aus objektiven und subjektiven Gründen eine Strafverfolgung ausgeschlossen gewesen.

Einige Bemerkungen zum Fall Rudolph Bahro. Seitens der HA XX war durch inoffizielle Einflußnahme intensiv versucht worden, Bahro von der Veröffentlichung seines systemkritischen Buches »Die Alternative« abzuhalten.

Das Manuskript wurde dennoch illegal in die BRD verbracht und dort sofort im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« veröffentlicht. In einer damit verbundenen, gegen die DDR gerichteten Propagandakampagne wurde Bahro als Dissident gefeiert. Auf Weisung der SED-Führung wurde Bahro daraufhin 1977 inhaftiert, 1978 wegen Geheimnisverrats zu 8 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und nach etwa einem Jahr Haft in die BRD entlassen. Grundlage der Inhaftierung und anschließenden Verurteilung bildete insbesondere die illegale Verbringung einer als »Geheime Verschlusssache« eingestuften Dissertationsschrift Bahros in die BRD.

Festzustellen bleibt dennoch, daß auf Veranlassung der SED einer politischen Auseinandersetzung mit den Auffassungen Bahros und speziell auch mit dem Inhalt seines Buches ausgewichen wurde.

Bei der Beurteilung der Maßnahmen des MfS gegen Havemann und Bahro darf nicht übersehen werden, daß deren politisches Auftreten und ihre Auffassungen im Kalten Krieg gegen die DDR instrumentalisiert worden waren.

644

Es ist Rudolph Bahro und Wolfgang Harich hoch anzurechnen, wenn sie nach 1989 Verständnis dafür aufbrachten, daß das MfS unter den gegebenen Bedingungen nicht anders handeln konnte. Bahro erklärte, daß er seine Haft »nicht unter Unrechtsstaat verbuchen« könne.⁸⁴

Harich riskierte sogar Beugehaft, weil er sich weigerte, gegen seine der Rechtsbeugung angeklagten Richter auszusagen.

Im engeren Verbindungskreis Havemanns befanden sich auch innerhalb der DDR mehrere Personen mit dubiosen politischen Absichten. Sowohl Jürgen Fuchs als auch Siegmund Faust hatten sich Havemanns Vertrauen erschlichen und an seine Seite gestellt. Fuchs, der 1977 als Untersuchungshäftling – d. h. noch vor Abschluß des gegen ihn eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen staatsfeindlicher Hetze – auf eigenen Antrag aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen worden und nach Westberlin übersiedelt war, schätzte das MfS als einen der »Organisatoren und Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit in der DDR« ein. Er unterhielt von Westberlin aus intensive und enge Rückverbindungen zu maßgeblichen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit agierenden Kräften, übermittelte ihnen Instruktionen und koordinierte ihr Auftreten mit westlichen Stellen. Im Schriftstellerverband

der BRD spielte er die Rolle eines reaktionären Scharfmachers gegen jedes gemeinsame Handeln mit dem Schriftstellerverband der DDR – selbst in der Friedensfrage.

Faust war in der DDR von 1974 bis 1976 wegen staatsfeindlicher Hetze inhaftiert und wurde vom Westen »freigekauft«. Seine politischen Auffassungen und Handlungen waren von finsterstem Antikommunismus geprägt.⁸⁵ Auch als Rainer Eppelmann, der später das langsame Sterben der DDR als die schönste und herausforderndste Phase in seinem bisherigen Leben bezeichnen sollte,⁸⁶ 1982 am Grabe von Robert Havemann seine Faust als letzten Gruß erhob, ging es ihm sicher nicht darum, so das Vermächtnis eines deutschen Kommunisten zu ehren.

Hubert Rottleuthner, Rechtssoziologe und Professor für Zivilrecht an der Freien Universität Berlin, hatte gewiß recht, als er im Zusammenhang mit dem Havemann-Verfahren 1999 schrieb: »Theoretisch ist Havemann heute ein ›toter Hund‹. Nicht einmal von den theoretischen West-Kolonisatoren wird er beachtet.«⁸⁷ Niemand wird z. B. auch ernsthaft annehmen, daß das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« seinerzeit Bahro druckte, um kommunistische Ideen zu befördern.

Die mit der Bildung von »Solidarnosc« in der VR Polen und der »Charta77« in der CSSR aufgeworfenen Probleme wurden in der HA XX aufmerksam studiert. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in der DDR ver-

645

sucht werden würde, eine politische Opposition im Rahmen oder am Rande der Legalität zu etablieren. 1978 wurde deshalb – auch in Auswertung der bei der Zurückdrängung der Proteste gegen die Ausbürgerung Biermanns gesammelten Erfahrungen – eine »Konzeption zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« erarbeitet und im Januar 1979 zur Bestätigung vorgelegt. Aus dieser Konzeption der HA XX sind vor allem drei Überlegungen von Bedeutung.

Es wurde erstens vorgeschlagen, nach dem Vorbild der Operation »Trust« der Tscheke eine oppositionelle Bewegung selbst zu gründen und zu steuern. (Die Tscheke hatte nach der Oktoberrevolution 1917 eine monarchistische Organisation unter ihre Führung gebracht, mit der entsprechende politische Kräfte neutralisiert und westliche Geheimdienste, vor allem der britische Geheimdienst, mehrere Jahre genarrt wurden.) Mit einem solchen operativen Spiel sollten die Anstrengungen der westlichen Geheimdienste zum Aufbau einer oppositionellen Bewegung in der DDR paralysiert und zugleich ihre potentiellen Helfer in der DDR erkannt und unter Kontrolle gebracht werden. Dieser Vorschlag wurde seitens der Leitung des MfS nicht genehmigt. Die weitere Entwicklung aber sollte die ihm zugrundeliegende Einschätzung bestätigen, daß der Westen bereit sei, jede Person oder Gruppierung anzunehmen und zu unterstützen, die sich ihm in dieser Richtung anböte. Zweitens wurde als Anlage zu dieser Konzeption vorgeschlagen, ein auch vom MfS mit Informationen ausgestattetes »unabhängiges« Nachrichtenmagazin, vergleichbar mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel«, zu gründen, in dem auf anspruchsvollem intellektuellen Niveau und kontrovers geführte politische Diskussionen, die Behandlung offener oder ungelöster Probleme oder Meinungstests im Vorfeld politischer Entscheidungen ermöglicht werden sollten. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Drittens wurde in der Konzeption begründet, daß die Bekämpfung »politischer Untergrundtätigkeit« nicht eine Vielzahl von IM, sondern die Entwicklung und den Einsatz von »Spitzen-IM« erfordere, die auch langfristig perspektivisch zu werben und zu qualifizieren seien, wobei gleich hohe Anforderungen zu stellen wären wie bei der Schaffung und Steuerung von Quellen der Aufklärung.

Dieser Teil der Konzeption ging in die weiteren Planungen der HA/Abt. XX ein.

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die Mehrzahl der für eine weitere politische Auswertung, insbesondere für die Information der Partei- und Staatsführung der DDR geeigneten Informationen der HA XX in

646

den letzten Jahren auf maximal 30 derartige »Spitzen-IM« entfiel. (In der HA XX wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 1.400 IM geführt – außer IMK. Die Mehrzahl der IM war an der Bearbeitung von OV oder OPK nicht beteiligt, sie erfüllte Sicherungsaufgaben in den Objekten der HA XX.)

Politische Überzeugungen bildeten fast immer die Basis der inoffiziellen Zusammenarbeit mit der HA bzw. den Abt. XX. Besonders erfolgreich war der Einsatz solcher IM, die intellektuelle Fähigkeiten, Kontaktfreudigkeit und anderen Eigenschaften besaßen und nachweisbar Benachteiligungen in der DDR ausgesetzt waren (Inhaftierungen, Exmatrikulationen, berufliche Einschränkungen usw.) und dadurch in operativ bearbeiteten oder kontrollierten Gruppierungen als besonders vertrauenswürdig erschienen.

Dagegen gelang es nur selten, Personen mit einer verfestigten feindlichen Einstellung für eine ehrliche und erfolgreiche inoffizielle Zusammenarbeit zu gewinnen.

Nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR 1961 entstanden erste pazifistische Gruppierungen, die sich – gefördert von den Evangelischen Kirchen in der DDR – vorrangig mit der Verweigerung des aktiven Wehrdienstes und der Ableistung des 1963 eingeführten Bausoldatendienstes beschäftigten. Ihr Tätigkeitsfeld und ihre politischen Zielvorstellungen waren insofern begrenzt. Sie unterschieden sich qualitativ von den mit Beginn der 80er Jahre unter dem Dach der evangelischen Kirchen entstandenen oder angesiedelten »Friedensgruppen«, die mit Forderungen nach einem zivilen Wehersatzdienst (»Sozialer Friedensdienst«), nach Entmilitarisierung und einseitiger Abrüstung der DDR die Verteidigungsbereitschaft der DDR untergraben und die Bündnisverpflichtungen der DDR im Warschauer Vertrag infrage stellen wollten. Unverkennbar sollte durch Existenz und Wirken solcher Gruppen auch die wachsende Friedensbewegung in Westeuropa gespalten und damit geschwächt werden.

Die demagogische Vereinnahmung des biblischen Symbols »Schwerter zu Pflugscharen« und die Bezeichnung »unabhängige Friedensbewegung der DDR« waren von Beginn an Etikettenschwindel. Bärbel Bohley, die 1982 die Gruppierung »Frauen für den Frieden« gegen die im Wehrdienstgesetz enthaltene Festlegung der Wehrpflicht für Frauen im Verteidigungsfall maßgeblich mit begründet hatte, äußerte sich damals intern gegenüber der Emissärin der britischen Organisation END (»European Nuclear Disarmament«) Barbara Einhorn, daß sie im Grunde ihres Herzens keine Pazifistin sei, Pazifismus aber die einzige derzeit mögliche Form wäre, das Regime in der DDR »legal« zu bekämpfen. So wird auch verständlich, warum keine Äußerungen von Bärbel Bohley, Ulrike Poppe und anderen aus dieser Gruppierung gegen

647

den NATO-Krieg in Jugoslawien 1999 oder gegen die neuen Möglichkeiten des Wehrdienstes für Frauen in der Bundeswehr bekannt wurden. Andere »Pazifisten« wie Gerd Poppe gehören heute zu jenen, die die »Bündnissolidarität« zur USA und zur NATO einfordern.

Die Kontakte zur britischen END, einer mit dem Ziel der Spaltung und Desorientierung der westeuropäischen Friedensbewegung gegründeten Organisation, deren Nähe zum britischen Geheimdienst 1999 vom BBC-Fernsehen bestätigt wurde,⁸⁸ waren Anlaß für eine etwa sechswöchige Untersuchungshaft von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe 1983.

Die Untersuchungen, welche auf Entscheidung Erich Honeckers abgebrochen wurden, konnten damals den Verdacht einer geheimdienstlichen Steuerung oder die staatsfeindliche Zielsetzung der Gruppe »Frauen für den Frieden« weder bestätigen noch eindeutig entkräften.

Auch die Zugehörigkeit ehrlicher Pazifisten zu den kirchlichen Friedensgruppen steht der Aussage nicht entgegen, daß deren Etablierung von dem Ziel bestimmt war, ein legales Wirkungsfeld für den Kampf gegen die verfassungsmäßigen politischen Grundlagen der DDR zu erschließen. Die besondere Hinterhältigkeit bestand darin, daß zurecht darauf spekuliert wurde, daß die auf Erhaltung des Friedens, Entspannung und Abrüstung gerichteten außenpolitischen Ziele der DDR eine Verfolgung von unter Friedensparolen auftretenden politischen Kräften nicht zuließen.

Nachdem diese Gruppen damit einen legalen oder halblegalen Spielraum gewonnen hatten, dehnten sie ihre politischen Felder systematisch aus, griffen zunächst das Umweltthema auf und nahmen sich, in allerdings begrenzter Zahl, schließlich auch des Themas Menschenrechte nach westlicher Lesart an. Forderungen nach »Freiheitsrechten gegen die Herrschenden«, Reisefreiheit oder Demokratisierung waren, da sie keinen klaren Bezug zu einer sozialistischen Gesellschaftskonzeption enthielten, blanke Demagogie und eindeutig auf die Zerstörung der bestehenden verfassungsmäßigen

Ordnung gerichtet.

Damit einher gingen Bestrebungen zur DDR-weiten Vernetzung der fast ausschließlich unter dem Dach der Evangelischen Kirchen in der DDR agierenden Gruppen, der Bildung überregionaler Koordinierungsgremien sowie Versuche, über »Friedens- und Umweltseminare«, anlässlich der »Friedensdekaden« der Evangelischen Kirchen, bei Kirchentagen und anderen kirchlichen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Eine chaotische »Basisdemokratie«, übersteigerte Geltungssucht und Intoleranz der führenden Mitglieder, das Fehlen programmatischer Grundlagen und anerkannter politischer Integrationsfiguren verhinderten neben den Maß-

648

nahmen des MfS jedoch effektive Organisationsformen und ein zielgerichtetes politisches Agieren dieses Kräftepotentials.

Kirchliche Amtsträger sahen sich nicht nur im Interesse konstruktiver Staat-Kirche-Beziehungen, sondern auch zur Erhaltung eigener Autorität und Glaubwürdigkeit sowie zur Abwendung schädlicher, mit dem kirchlichen Auftrag nicht vereinbarer Wirkungen des öfteren gezwungen, disziplinierend in die Tätigkeit dieser Gruppen einzugreifen.

Seitens des MfS wurden alle Versuche dieser Gruppen, außerhalb des kirchlichen Rahmens an die Öffentlichkeit zu treten, konsequent unterbunden. Lange Zeit gelang es, geplante Demonstrationen in der Öffentlichkeit – schon wegen der geringen Zahl der potentiellen Teilnehmer – bereits im Ansatz zu unterbinden. Aus dem gleichen Grund wurde durch die Führung der SED das öffentliche Tragen des Symbols »Schwerter zu Pflugscharen«, einer Abbildung des sowjetischen Denkmals vor dem UNO-Gebäude in New York, untersagt. Dieses wurde gemeinsam mit der Volkspolizei und den Organen des Ministeriums für Volksbildung ordnungsrechtlich bzw. durch disziplinierende Auflagen durchgesetzt.

Durch die HA/Abt. XX wurde neben operativen Maßnahmen – mitunter auch erfolgreich – versucht, durch Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte politisch einzuwirken. Im »Pankower Friedenskreis« erlangten progressive Studenten von Berliner Hochschulen und Universitäten eine dominierende Stellung in den Diskussionen. Auf Kirchentagen diskutierten Angehörige der CDU und der »Christlichen Friedenskonferenz« (CFK) engagiert im Sinne der Politik der DDR. Sogenannten Umweltgruppen wurde die Teilnahme an Aktivitäten des Kulturbundes und der Nationalen Front angeboten und ermöglicht; auf Initiative des MfS wurden schließlich einige ihrer Vertreter zu Gesprächen in das Umweltministerium der DDR eingeladen. Kirchliche Gruppen wurden in die Bewegung »Ärzte gegen den Atomkrieg« einbezogen. Immer wieder wurden auch staatsloyale kirchliche Amtsträger, unter ihnen IM, mobilisiert, um Gruppen und Einzelpersonen zu disziplinieren oder in akzeptable kirchliche Projekte einzubeziehen.

Auch die erwähnte Parteiinformation des MfS »über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen« vom 1. Juni 1989⁸⁹ enthielt erneut eine Reihe von Vorschlägen an die Partei- und Staatsführung der DDR zum verstärkten Einsatz politischer Mittel, insbesondere den Einsatz kompetenter gesellschaftlicher Kräfte bei Veranstaltungen, speziell in den Kirchen, die individuelle Einwirkung progressiver Personen auf Mitglieder der Zusammenschlüsse im Arbeits- und Freizeitbereich, die Schaffung gesell-

649

schaftlicher Betätigungsmöglichkeiten für Mitglieder und Sympathisanten, die Eingliederung asozial lebender Personen in den Arbeitsprozeß, die Organisierung einer offensiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die Mobilisierung progressiver kirchlicher Kräfte und Organisationen etc.

Seitens des MfS wurden immer wieder neue Vorschläge unterbreitet, obwohl die Appelle an politisches Handeln seitens der SED nicht die erhoffte Resonanz erzielten. Grundlegende Änderungen der Politik der SED wurden in erster Linie von einem personellen Wechsel in der Parteiführung erwartet. Zudem war die Sensibilität im Umgang mit politischen Gegnern unzureichend entwickelt. So war beispielsweise das vom MfS angeregte Führen solcher »ideologischen Auseinandersetzungen«, die bei kritischer Betrachtung aber doch eher den Charakter von politischen Zurechtweisungen annahmen, wenig geeignet, wirksamen Einfluß auf Mitglieder und Sympathisanten oppositioneller Gruppen zu erlangen und sie von bestimmten weiteren

Aktivitäten abzuhalten.

Wege und Möglichkeiten zu positiver Einflußnahme zeigte hingegen der Umgang mit *Gruppen Homosexueller*. Diese wurden zwar wegen ihrer Verbindungen mit anderen kirchlichen Gruppen als mögliches Potential oppositioneller Bewegungen beobachtet, aber zu keinem Zeitpunkt der politischen Untergrundtätigkeit zugerechnet. Sie sind seitens des MfS auch niemals ihrer homosexuellen Orientierung wegen operativ kontrolliert oder bearbeitet worden.

Auf Vorschlag der HA XX, der von Erich Honecker nach anfänglichen Zögern bestätigt wurde, aus dem sich Aufgaben unterschiedlicher staatlicher Organe ergaben, wurde 1984 die Lage Homosexueller in der DDR deutlich verbessert (Möglichkeit von Kontaktanzeigen in Zeitungen der DDR, Ehrung homosexueller Opfer des NS-Regimes, Zulassung von Veranstaltungen, Unterstützung bei der Lösung von Wohnungsproblemen etc.).

Das erfolgte in erster Linie aus allgemein humanistischen Erwägungen heraus, sollte zugleich aber auch dazu beitragen, diesen Personenkreis nicht in die Arme der »Opposition« zu treiben.

Bereits 1984 war auch beschlossen worden, den Homosexuelle diskriminierenden § 151 StGB bei der nächsten Strafrechtsänderung abzuschaffen, was 1988 auch realisiert wurde, übrigens fünf Jahre früher, bevor der vergleichbare § 175a auch aus dem StGB der BRD getilgt wurde.⁹⁰

Die Maßnahmen des MfS richteten sich bei der »Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« vorrangig gegen den *politischen Aktionismus* einer relativ kleinen Zahl der Gruppen und Gruppierungen, die sich vornehmlich an

650

den Bedürfnissen der westlichen Propaganda gegen die DDR, insbesondere deren Menschenrechtsdemagogie, orientierten. Dieser politische Aktionismus manifestierte sich in einer Vielzahl politischer Erklärungen, die den Westmedien zugespielt und von diesen verbreitet wurden sowie in von den westlichen Medien begleiteten Aktionen und Demonstrationen, die den Eklat in der Öffentlichkeit suchten und zugleich darauf abzielten, den entsprechenden Spielraum für gegen die Politik der SED gerichtete Auftritte auszutesten und entsprechende Präzedenzfälle zu schaffen. Die HA/Abt. XX waren über die Aktivitäten der hieran beteiligten Gruppen durch ihre IM zumeist rechtzeitig informiert, Überraschungen gingen von ihnen nicht aus. In der radikalsten und militantesten Gruppe, der Berliner »Initiative für Frieden und Menschenrechte«, befanden sich unter den etwa 15 Mitgliedern ständig mehrere IM, die dazu in der Lage waren und denen es auch gelang, zahlreiche geplante politische Aktivitäten bereits im Stadium ihrer Planung zu verhindern und andere in ihrer Wirksamkeit einzuschränken.

Bedingt durch die differenzierte Zusammensetzung der Gruppen waren natürlich nicht alle gleichermaßen und nicht jedes ihrer Vorhaben für das MfS relevant. So die aus religiöser Motivation heraus gestarteten Aktionen gegen den Hunger in der Dritten Welt oder die thematische Begleitung kirchlicher Veranstaltungen mit religiösem Charakter. Relevant für das MfS waren nur solche Vorhaben und Aktivitäten, die sich gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR richteten, die sich als Angriffe gegen die Partei- und Staatspolitik darstellten und der DDR politisch schaden.

Anfang der 80er Jahre hatte sich in Westeuropa und auch in der BRD eine machtvolle Friedensbewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Rahmen der Nachrüstung der NATO formiert. Mehr als 100.000 Personen hatten mit einer Menschenkette ihren Protest ausgedrückt.

Daraufhin versuchten 1983 etwa 35 Personen aus den »oppositionellen« Gruppen eine Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der UdSSR in der Hauptstadt der DDR zu bilden. Zu dieser Aktion, die durch Zuführung der Beteiligten aufgelöst wurde, waren westliche Journalisten angereist, denen damit die willkommene und absichtlich geschaffene Möglichkeit geboten werden sollte, die Menschenketten in beiden deutschen Staaten auf eine Stufe zu stellen, vor allem aber die »unabhängige Friedensbewegung der DDR« aufzuwerten und im öffentlichen Bewußtsein zu etablieren. Gleichzeitig sollte Munition geliefert werden, die westeuropäische Friedensbewegung in Debatten über ihre Haltung zu den »staatsoffiziellen« Friedensbewegungen der sozialistischen Länder und zur »unabhängigen« Frie-

651

denkbewegung zu zerstreuen und von ihrem Ziel des Kampfes gegen die NATO-Hochrüstung abzulenken.

Verschiedentlich inszenierten sich westliche Journalisten mit willfähriger Unterstützung aus diesen Gruppen Stories zur Diskreditierung der DDR. So dokumentierte »Spiegel-Spezial« Nr. 1/93 nachstehenden IM-Bericht über geplante Aktivitäten von Wolfgang Templin anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins:

»Im Pkw äußerte sich Templin euphorisch über eine geplante Aktion am 04.07.87, die sich gegen den Festumzug richtet. Wenn dieser nach 14.00 Uhr das Gelände der Marienkirche erreicht, so führte Templin aus, dann soll vom Kirchturm ein »riesiges« Transparent entrollt werden mit der Aufschrift »Jubelzirkus – nein danke«. Die Westmedien würden an günstigen Positionen vor Ort stehen und darauf warten.«⁹¹

Auf dieses »Schauspiel« wie auf eine Reihe anderer warteten die westlichen Journalisten allerdings vergeblich.

Akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien und Presseorgane unterhielten intensive Kontakte zu Vertretern der von ihnen als »innere Opposition« angesehenen Gruppen und schufen durch ihre ständige Berichterstattung Bedingungen für deren permanente Aufwertung und zugleich eine Art Schutz gegenüber möglichen Maßnahmen durch die Organe der DDR. In gleicher Richtung wirkten westliche Diplomaten und mit diplomatischem Status operierende Mitarbeiter westlicher Geheimdienste. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, schätzte einmal ein, daß Rainer Eppelmann in den USA bekannter sei als die Bischöfe der DDR. Was Wunder: Rainer Eppelmann und dessen Adlatus Ralph Hirsch waren ständige Gesprächspartner der CIA-Residentur in der USA-Botschaft in der Hauptstadt der DDR. Als »sprechende Quelle« bediente Eppelmann auch den ebenfalls unter diplomatischer Tarnung geheimdienstliche Gesprächsaufklärung betreibenden Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes Jean Louis Depetre.⁹²

Zu den Exponenten politischer Untergrundtätigkeit in der DDR entwickelte sich aus westlicher Richtung ein umfangreicher Polit-Tourismus. Damit wurden diese permanent nachrichtendienstlich abgeschöpft, politisch beeinflusst und aufgewertet, vor allem aber auch materiell und moralisch unterstützt. So erfolgte eine Reihe von Einreisen von Vertretern der BRD-Partei »Die Grünen« mit dem Ziel der Kontaktaufnahme und politischer Beeinflussung. Im Rahmen des Wissenschaftler- und Studentenaustausches westlicher Staaten mit der DDR pilgerten regelmäßig sich zeitweilig in der DDR aufhaltende Personen zu solchen Gruppen. Vertreter verschiedener westlicher Organisationen oder einfach nur »interessierte« Bürger aus dem westlichen Ausland, freiberuflich tätige Schriftsteller und Journalisten gaben sich bei Bärbel Bohley

652

oder dem Ehepaar Poppe die Klinke in die Hand. Sie empfingen mitunter mehrere solcher Besucher in einer Woche und manchmal auch an einem Abend. Fast immer wurden dabei unter Mißachtung der Zollgesetze der DDR auch westliche Literatur und Publikationen aller Art zur inhaltlichen Ausrichtung und Unterstützung der Tätigkeit der Gruppen, aber auch Geld und technische Geräte übergeben, die illegal eingeschleust worden waren. Wegen Computern, die von Petra Kelly und Gert Bastian, seinerzeit führende »Grüne«, an die »Umweltbibliothek« in der Zionsgemeinde übergeben worden waren, kam es zwischen Mitgliedern der dort etablierten Gruppen zu Streitereien. Pfarrer Eppelmann erhielt regelmäßig Besuche von Bundestagsabgeordneten der CDU und nutzte auch eine genehmigte private Reise im Jahre 1987 in die BRD, um mit der CDU-Spitze zusammenzutreffen. Jürgen Fuchs und ab 1983 vor allem Roland Jahn, bekannt durch seine Tätigkeit für das ARD-Magazin »Kontraste«, hielten intensive Verbindungen zu Vertretern der aktivsten Gruppen in der Hauptstadt und den Bezirken der DDR. Die vom MfS im Ergebnis von Telefonüberwachung und Funkaufklärung dokumentierten fast täglichen, mitunter mehrstündigen Telefongespräche umfassen Tausende von Seiten und belegen, daß alle wichtigen politischen Aktionen derartiger Gruppen auf diese Weise angeregt, arrangiert und abgestimmt wurden. So auch die vom MfS in Kooperation mit den Sicherheitsorganen der anderen sozialistischen Länder weitgehend verhinderten Versuche des Zusammenschlusses oppositioneller Kräfte über die Ländergrenzen hinweg und eine Solidaritätserklärung anlässlich des 30. Jahrestages der ungarischen Konterrevolution.

Gleichermaßen inszeniert wurden auch andere von den Westmedien verbreitete

politische Statements, diverse, durch das MfS oft bereits im Ansatz verhinderte öffentliche Demonstrationen, etwa zum Internationalen Tag der Menschenrechte oder eine Demonstration für Reisefreiheit, Versuche und Aktivitäten des Zusammenschlusses mit Antragstellern auf Übersiedlung in die BRD etc. Der seinerzeit in Berlin lebende Siegbert Schefke gab eigenen Aussagen zufolge 1988 seine Tätigkeit als diplomierter Bauleiter auf, um mit Videokamera und Fotoapparat durch die DDR zu reisen und die westlichen Medien gegen üppige Honorare in Westmark mit Amateurfilmen und Fotos nach ihrem Geschmack zu beliefern. Wurde seine Technik einmal beschlagnahmt, sorgte Roland Jahn aus Westberlin umgehend für Nachschub.⁹³ In diesem Zusammenhang bleibt anzumerken, daß die neben Erich Honecker vor allem durch das Politbüromitglied Joachim Herrmann zu verantwortende Medien- und Informationspolitik der DDR mit ihrer Tabuisierung von Problemen und Schwierigkeiten die westlichen Propagandaaktio-

653

nen direkt begünstigt, teilweise sogar erst ermöglicht hat. Ein für das Westfernsehen gefertigter Film über die Umweltschäden im Raum Bitterfeld wäre – um ein Beispiel herauszugreifen – durchaus für eine offene und ehrliche Behandlung in den Medien der DDR geeignet gewesen. Über das Westfernsehen verbreitet und entsprechend politisch akzentuiert diente er dazu, politische Kräfte zu unterstützen, die damit ganz andere Ziele verfolgten als die Förderung des Umweltschutzes.

Die Errichtung von Tabus in der Propaganda der DDR verhinderte, daß solchen Kräften offensiv entgegengetreten werden konnte. Sie verhinderte aber auch, daß Probleme als solche benannt und energisch angepackt wurden. Vorwiegend von den unter dem Dach der evangelischen Kirche agierenden Gruppen wurden besonders ab Mitte der 80er Jahre illegal Publikationen hergestellt und verbreitet, die politische, ökologische und kulturelle Themen behandelten, die sich bewußt von offiziell in der DDR verbreiteten Auffassungen absetzten und punktuell antisozialistisch geprägt waren. Dabei wurden Auflagehöhen zwischen 20 und 2.000 Exemplaren je Ausgabe erreicht. Die Ausgabehäufigkeit schwankte zwischen monatlich und mehrmals jährlich. Voraussetzungen für die Herstellung waren größtenteils mit westlicher Hilfe (»Die Grünen«) und oft durch kirchliche Unterstützung geschaffen worden, insbesondere durch die Bereitstellung von Vervielfältigungstechnik. Dazu gehörte auch die regelmäßige illegale Einschleusung westlicher Literatur und Publikationen sowie von Veröffentlichungen oppositioneller Kräfte in anderen sozialistischen Ländern, die unkommentiert wiedergegeben oder auf die eigene Gruppe bezogen wurden.

Das Erscheinen einer Reihe derartiger Publikationen wurde durch Maßnahmen des MfS, darunter die Anwendung ordnungsrechtlicher Maßnahmen, unterbunden. Andere wurden inhaltlich beeinflußt und damit politisch neutralisiert. Die Maßnahmen vom November 1987 gegen die von der »Initiative für Frieden und Menschenrechte« herausgegebene staatsfeindliche Publikation »Grenzfall« erwiesen sich jedoch als Fehlschlag. Diese Publikation brachte regelmäßige Übersetzungen von Pamphleten der »Solidarnosc«, »Charta 77« und vergleichbarer Gruppierungen aus anderen sozialistischen Ländern. Sie war ihrer Diktion nach von der westlichen Menschenrechtsdemagogie geprägt. Die HA XX hatte zuvor wiederholt vorgeschlagen, die Herstellung und Verbreitung des »Grenzfall« durch ordnungsrechtliche Maßnahmen zu unterbinden. Das war über mehrere Monate hinweg durch Erich Honecker untersagt worden, um seinen bevorstehenden Staatsbesuch in der BRD politisch nicht zu belasten.

654

In dieser Situation hatte das MfS Vorschläge zur weiteren Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit unterbreitet, in denen nachdrücklich politisch offensives Handeln der SED etwa im Bereich der Informationspolitik angemahnt und ein klarer rechtlicher Handlungsrahmen für die Maßnahmen des MfS als Bedingung einheitlicher Rechtsanwendung gefordert wurde. Diese Vorschläge führten zu keiner Korrektur der für das MfS bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit maßgebenden »zentralen Entscheidungen« Erich Honeckers.

Erst nach Absolvierung des BRD-Besuches wurden Maßnahmen gegen den »Grenzfall« gestattet. Ein erster Versuch einer Besichtigung durch staatliche Vertreter der in Räumen der Zionsgemeinde angesiedelten »Umweltbibliothek

«, in der der »Grenzfall« gedruckt wurde, ging ins Leere. Pfarrer Simon hatte die Hersteller des »Grenzfall« gewarnt und den Zutritt zur »Umweltbibliothek« solange verzögert, bis diese geräumt war.

Ein zweiter Zugriff erfolgte am 24. November 1987 unter Beteiligung eines Staatsanwaltes, allerdings eine halbe Stunde zu früh. Die angetroffenen fünf Personen waren noch mit der Vervielfältigung der »Umweltblätter« beschäftigt, der »Grenzfall« sollte erst anschließend hergestellt werden.

Noch verhängnisvoller erwies sich aber die – auch für die beteiligten MfS-Mitarbeiter überraschende – Entscheidung, strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten. Das Ermittlungsverfahren war mit der Inhaftierung der beteiligten Personen verbunden. Diese Inhaftierung führte zu einer von Roland Jahn von Westberlin aus noch in der gleichen Nacht organisierten mehrtägigen Besetzung der Zionskirche durch Mahnwachen, was Anlaß für ein Propaganda-Spektakel bot.

Mit der schließlich auf »zentrale Entscheidung« hin erfolgten Einstellung der Ermittlungsverfahren war zudem ein folgenschwerer Präzedenzfall für den weiteren Umgang mit illegalen Publikationen und Bibliotheken geschaffen worden, der die Möglichkeiten des MfS zur Unterbindung derartiger Vorhaben erheblich einschränkte.

Für Aufsehen sorgten die Maßnahmen des MfS im Zusammenhang mit der *Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg* im Januar 1988. Roland Jahn war von Westberlin aus intensiv bemüht, das Potential der »oppositionellen« Gruppen mit Antragstellern zusammenzuführen. Dieser Kreis war gemessen an Zahl und Aggressionsbereitschaft um ein Vielfaches größer als die Oppositionsgruppen. Gemeinsame Aktionen hätten, so die Überlegung, erhebliches Gewicht.

Während die Leipziger Gruppen (Arbeitskreis »Solidarische Kirche«, »Initiativgruppe Leben«, »Arbeitsgruppe Menschenrechte«), vor allem wirk-

655

sam über die Gestaltung der »Friedensgebete« in der Nikolaikirche, die ab 1988 von Ausreiseantragstellern dominiert wurden, Jahns Empfehlungen folgten, erwies sich diese Konzeption in den Berliner Gruppen als nicht mehrheitsfähig. »Ausreißer«, die ihren »Widerstand Ost« nur als Sprungbrett für ihre »Karriere West« sahen, unterschieden sich in ihren politischen Vorstellungen grundlegend von Personen, die – wie auch immer geartete – politische Veränderungen in der DDR anstrebten. Diese Widersprüche haben sich offenbar bis heute erhalten, wie etwa die rüden Ausfälle von Freya Klier gegen Friedrich Schorlemmer, den sie der Lebenslüge bezichtigte, zeigen.⁹⁴

Deshalb stellten auch nur einzelne Vertreter der Berliner Gruppen, darunter das Ehepaar Lotte und Wolfgang Templin und Stephan Krawczyk, vermittelt durch Roland Jahn, Verbindungen zu einer Gruppe »Staatsbürgerschaftsrecht« her, einem Zusammenschluß von Berliner Antragstellern. Nach eigenen Bekundungen war es dann auch Stephan Krawczyk, der den Antragstellern, denen wahrlich keine politische Nähe zu Rosa Luxemburg nachgesagt werden konnte, deren Zitat von der »Freiheit der Andersdenkenden« nahebrachte.

⁹⁵ Das Zeigen dieser Losung bei der »LL-Demonstration« sollte die Staatsmacht der DDR so provozieren, daß die Ausreisen – und sei es über den Umweg einer Inhaftierung – ermöglicht würden. Krawczyk und seine Lebensgefährtin Freya Klier hatten zuvor in kirchlichen Veranstaltungen ihre Auftritte politisch immer weiter eskaliert. Der HA XX lagen inoffizielle Einschätzungen vor, wonach diese den Eklat suchten, um wie Biermann aus der DDR ausgewiesen zu werden. Dieser Rauswurf sollte der Beginn einer Karriere im Westen sein.

Seitens des MfS wurden umfangreiche Maßnahmen zur Verhinderung der Provokation eingeleitet. Kurzfristig wurden zahlreiche Anträge auf Übersiedlung seitens solcher Personen, die die Absicht hatten, sich an der geplanten Provokation zu beteiligen, genehmigt bzw. ihre Genehmigung in Aussicht gestellt. Mögliche Teilnehmer wurden in ihren Wohnungen blockiert. Im Vorfeld und bei der LL-Demonstration wurden noch insgesamt 66 Personen vorläufig festgenommen, darunter 60 Antragsteller und sechs Angehörige der »Opposition«, darunter Stephan Krawczyk und Vera Wollenberger. Die extra zu diesem Zweck zahlreich angereisten Vertreter westlicher Medien kamen nicht auf ihre Kosten und konnten keine einzige Festnahme filmen.

Die Ereignisse im Zusammenhang mit der LL-Demonstration von 1988

fürten trotz gegenteiliger Auffassungen im MfS zu der »zentralen Entscheidung«, strafprozessuale Maßnahmen gegen Exponenten politischer Untergrundtätigkeit einzuleiten. So wurden etwa 14 Tage später eine Reihe von

656

führenden Vertretern dieser Gruppen, unter ihnen Wolfgang Templin und Bärbel Bohley, festgenommen.

Es stellte sich aber bald heraus, daß angesichts der ökonomischen und außenpolitischen Erpreßbarkeit der DDR die Linie einer konsequenten Bestrafung nicht realisierbar war. So kam es zu der wundersamen Umwandlung von Strafandrohungen gemäß den zutreffenden Tatbeständen des StGB der DDR z. B. nach § 100 StGB (Landesverräterische Agententätigkeit) in Studienreisen in das westliche Ausland (Bohley, Templin, Wollenberger u. a.) oder in die Genehmigung ständiger Ausreisen aus der DDR, verbunden mit der Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft auf eigenen Antrag (Krawczyk, Klier, Hirsch u.a.). Für landesverräterische Agententätigkeit lagen dem MfS umfangreiche, überwiegend aber nur durch »spezifische Mittel« (Funkaufklärung und Telefonkontrolle) dokumentierte Erkenntnisse vor. Diese wurden auf Weisung des Ministers nach erfolgter Legalisierung im offiziellen Abschlußbericht der HA IX an den Generalstaatsanwalt der DDR aufgeführt.

Diese Vorgänge offenbarten einmal mehr die Konzeptionslosigkeit der politischen Führung und den Subjektivismus der Entscheidungen Erich Honeckers. Sie zeigten das wachsende Unvermögen, auf die sich abzeichnende Verschärfung der Lage mit politisch notwendigen und wirksamen Mitteln und Maßnahmen zu reagieren.

Aus heutiger Sicht wurde damit auch deutlich, daß ohne grundlegende neue Politik-Ansätze eine Stabilisierung der DDR nicht mehr zu erreichen war.

Geboren aus der Einsicht, daß die Probleme mit den »oppositionellen« Gruppen ohne ein deutlich stärkeres Engagement der SED allein durch Mittel und Methoden des MfS nicht zu lösen waren, erarbeitete die HA XX im April 1988 eine Zusammenstellung aller bekannten Gruppen, der wichtigsten in ihnen agierenden Personen und ihrer Publikationen mit dem Ziel, die Partei- und Staatsführung und die Bezirks- und Kreisleitungen der SED zu offensiven politischen Maßnahmen zu veranlassen.

Diese Ausarbeitung wurde zunächst zurückgestellt, im April 1989 erneut vorgelegt und nach entsprechender Ergänzung und Aktualisierung am 1. Juni 1989 an Erich Honecker sowie ausgewählte Mitglieder des Politbüros und Abteilungsleiter des ZK der SED weitergeleitet.⁹⁶

Sie führte jedoch zu keinen erkennbaren Reaktionen im Apparat der SED. Insbesondere unterblieb die angestrebte verbindliche Beauftragung der Parteiorgane auf Bezirks- und Kreisebene.

Erneut wurden nur auf der Grundlage einer Weisung des Ministers für Staatssicherheit – unter Berufung auf eine Entscheidung Erich Honeckers –

657

von den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS die zuständigen Partei- und Staatsfunktionäre in ihrem Territorium über die dem MfS vorliegenden Erkenntnisse informiert und ersucht, die unterbreiteten Vorschläge in ihrem Verantwortungsbereich umzusetzen.

Von der dogmatischen Position von Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED in dieser Frage mußten sich auch Wolfgang Schwanitz und Siegfried Hähnel, damals Stellvertreter des Ministers bzw. Leiter der BV Berlin des MfS, überzeugen. Stundenlang diskutierten sie 1988 im Auftrage Erich Mielkes mit Günter Schabowski in der SED-Bezirksleitung Berlin, um dessen Einverständnis und die Veranlassung entsprechender Maßnahmen für politische Gespräche der SED mit Mitgliedern dieser Gruppen zu erlangen. Der von Schwanitz und Hähnel vertretene Standpunkt, die »oppositionellen« Gruppen seien ein politisches Problem, dem vor allem mit politischen Mitteln begegnet werden müsse, und einseitige administrative Maßnahmen, vor allem der Sicherheitsorgane, erzielten nur kontraproduktive Wirkungen, wurde von Schabowski strikt abgelehnt. Er war von seinem dogmatischen Standpunkt nicht wegzubringen, daß solche Gespräche einzig der politische Anerkennung dieser Gruppen nützten, wogegen er entschieden war. Deshalb käme für ihn das auf gar keinen Fall in Frage.

Selbstherrlichkeit, Realitätsverlust und Arroganz bestimmten ebenfalls

die Reaktion der SED-Führung auf die rechtzeitig vom MfS, maßgeblich von der HA XX erarbeiteten Hinweise auf Absichten »oppositioneller« Gruppen und ihnen nahestehender kirchlicher Kreise, die Stimm auszählung der *Kommunalwahlen am 6. Mai 1989* zu »überwachen« und im Zusammenhang damit öffentliche Präsenz zu demonstrieren.

Das offiziell proklamierte Ziel, daß die Wahlen erneut Zeugnis vom gestiegenen Vertrauen der Werktätigen in die Politik der SED ablegen sollten, was angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mehr denn je gefährdet erschien, führte bekanntlich bei einer Reihe von Partei- und Staatsfunktionären dazu, mit Wahlfälschungen »nachzuhelfen«. Diese Vorgänge bewirkten eine weitere Vertiefung der Vertrauenskrise zwischen großen Kreisen der Bevölkerung und der Führung der SED.

Festzustellen bleibt: Das MfS hatte mit diesen Wahlfälschungen nichts zu tun, hat sie weder organisiert noch abgesichert. Die Maßnahmen des MfS waren ausschließlich auf die vorbeugende Verhinderung von Provokationen, Zwischenfällen und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Ablauf der Wahlen gerichtet. Das war auch der Sinn von Informationen über geplante Maßnahmen von »oppositionellen Gruppen« im Vorfeld.

658

Die latente innenpolitische Krise der DDR wurde durch die Aufdeckung der Wahlfälschungen erheblich zugespitzt. Immer mehr Menschen, darunter auch viele Mitglieder der SED, äußerten offen ihre Unzufriedenheit mit der Politik der SED. Die Hilflosigkeit der politischen Führung der DDR offenbarte sich dann im besonderen Maße bei der (im übrigen eindeutig vertragsbrüchigen) Öffnung der ungarischen Grenze, der anschwellenden Fluchtbewegung und der Ausreise von Besetzern der Prager BRD-Botschaft. In dieser Zeit bildeten sich nach offizieller Zulassung strebende *Sammlungsbewegungen und Vereinigungen*, mit denen die bis dahin weitgehend isoliert von der Bevölkerung der DDR agierenden Exponenten politischer Untergrundtätigkeit starken Zulauf von DDR-Bürgern erhielten. Diese waren von der SED-Politik enttäuscht und orientierten sich neu. Das Anfang September 1989 von etwa 30 Personen gegründete »Neue Forum« wuchs explosionsartig nach eigenen Angaben auf zeitweilig bis zu 200.000 Mitglieder und Sympathisanten an.

Öffentliche Demonstrationen in allen größeren Städten der DDR nach dem Vorbild der Leipziger Montagsdemonstrationen erreichten ab Oktober 1989 mehrere Monate lang Zehntausende, manchmal auch über Hunderttausend Teilnehmer. Damit wurde faktisch sichtbar, daß »die Macht auf der Straße lag«.

Die HA/Abt. XX waren über die Vorbereitungen zur Bildung und die Gründungsversammlungen all dieser neuen Vereinigungen rechtzeitig informiert.

Neben dem »Neuen Forum« entstanden der »Demokratische Aufbruch«, »Demokratie jetzt!« und die »Sozialdemokratischen Partei« (SDP). Die Teilnehmer und ihre programmatischen Vorstellungen – soweit sie überhaupt vorlagen – waren fast vollständig bereits im Vorfeld der Gründungen bekannt.

Die Partei- und Staatsführung der DDR war hierüber seitens des MfS ständig informiert worden.⁹⁷ Auf repressive Maßnahmen gegen sie wurde verzichtet, weil diese in der gegebenen Situation die Gefahr unkalkulierbarer Risiken, etwa die Eskalation unerwünschter Sympathiebekundungen und Solidarisierungseffekte in sich bargen, und realistisch betrachtet auch nicht durchsetzbar waren, wie der erfolglose Versuch eines Verbotes des »Neuen Forum« nachdrücklich bestätigt hatte.

Weder in der SED-Führung noch im MfS oder in den anderen bewaffneten Organen wurden jemals Lösungen nach dem chinesischen Muster vom Platz des Himmlischen Friedens im Juli 1989 ernsthaft erwogen. Im Gegenteil: Alle entsprechenden Befehle und Weisungen waren darauf gerichtet, eine derartige Zuspitzung der Auseinandersetzungen nicht zuzulassen.⁹⁸

659

Im Dezember 1989 wurde eine letzte Information der HA XX zu den aktuellen Vorgängen erarbeitet und über den damaligen Leiter des AfNS auf direktem Wege an Ministerpräsident Modrow übergeben. In dieser wurde ihm mitgeteilt, daß die CDU in der DDR unter Führung von Lothar de Maizière begonnen habe, alles, was an Sozialismus erinnere, aus ihrem Programm zu streichen, und daß sie davon ausgehe, bei den bevorstehenden Volkskammerwahlen mit Unterstützung der CDU der BRD eine

Mehrheit zu erreichen, was es ihr ermögliche, den Ministerpräsidenten zu stellen. Die Kirchen beider Konfessionen in der DDR seien von der CDU aufgefordert worden, ihren Wahlkampf zu unterstützen, hielten sich aber noch bedeckt. Die noch als SDP firmierende sozialdemokratische Partei habe bis zu diesem Zeitpunkt seitens der SPD aus der BRD bereits finanzielle und materielle Unterstützung in Höhe von zwei Millionen DM zum Aufbau ihrer Parteistrukturen und zur Ausstattung ihrer Büros erhalten.

Kein anderes Thema ist gegen das MfS und speziell gegen die HA XX/Abt. XX so instrumentalisiert worden wie das Thema *Zersetzung*. Dem uninformierten Bürger wird der Eindruck vermittelt, »Oppositionelle« seien in schlimmster Weise physisch und psychisch beschädigt worden, als habe man sie mit Salzsäure übergossen.

Klaus Kittlaus, seinerzeit verantwortlich für die Verfolgung von »Regierungskriminalität«, hielt am 22. September 1992 bei einem »Streitgespräch« den beteiligten Mitarbeitern des MfS vor, daß er selbst beim Studium der Akten des Reichssicherheitshauptamtes so etwas Schreckliches wie *Zersetzung* nicht habe entdecken können.

Zersetzung gehört – nicht dem Wort, sondern dem Wesen nach – zum Repertoire aller Geheimdienste und zum Geschäft von Berufspolitikern und Journalisten.

Auch im MfS wurde dieser Begriff nicht einheitlich verwendet. Die Hauptverwaltung Aufklärung subsumierte Zersetzungsmaßnahmen unter dem Begriff »aktive Maßnahmen«, worunter neben Zersetzung auch Desinformation verstanden wurde. Die CIA verwendet die Bezeichnung »dirty tricks«, was zutreffend als schmutzige oder gemeine Tricks übersetzt werden könnte. Der britische Geheimdienst unterhielt eine eigene Abteilung für Desinformations- und Zersetzungsmaßnahmen. Von Admiral Canaris stammt das geflügelte Wort: »Aufklären, eindringen, zersetzen!« Zersetzung gehört sowohl zu den Arbeitsmethoden und Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes⁹⁹ als auch des Verfassungsschutzes der BRD.

660

Zersetzungsmaßnahmen kommen insbesondere zur Anwendung, wenn Personen oder Gruppen politisch unwirksam gemacht oder in ihrem politischen Wirken eingeschränkt werden sollen, und gegen sie repressive Maßnahmen wie Inhaftierungen unzumutbar erscheinen.

Wer, um auf Kittlaus zurückzukommen, mit Hilfe von Richtern und Staatsanwälten Zehntausende dem Schafott ausliefern konnte, wer Menschen millionenfach willkürlich in Konzentrationslagern isolieren, quälen und in Gaskammern physisch vernichten konnte, mußte wahrlich nicht vorrangig über *Zersetzung* nachdenken. (Die von Kittlaus in dieser Weise betriebene Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus bedarf keines weiteren Kommentars.)

Zersetzung war weder die einzige noch die wichtigste Maßnahme des MfS, um außerhalb der Anwendung strafrechtlicher und anderer administrativer sowie repressiver Maßnahmen politische Wirkungen bei Personen und Gruppen zu erzielen. Weit wichtiger waren für das MfS Methoden der »Rückgewinnung«, einer im politischen Verständnis der DDR positiven politischen Beeinflussung, in die vor allem IM, häufig aber auch progressive gesellschaftliche Kräfte (Funktionäre und Mitglieder der SED und der Blockparteien, der gesellschaftlichen Organisationen von der Gewerkschaft über den Jugendverband bis zum Kulturbund, Betriebsleiter, Meister, Lehrer, Berufsausbilder), staatsloyale Personen und kirchliche Amtsträger einbezogen wurden.

Solche Rückgewinnungsmaßnahmen, aber auch die Disziplinierung von Personen ohne das direkte Eingreifen des MfS, etwa durch ordnungsrechtliche Maßnahmen der Organe des MdI oder anderer staatlicher Stellen zur Einschränkung politischer Aktivitäten, werden in vordergründiger politischer Absicht heute pauschal als »Zersetzungsmaßnahmen« deklariert.

Eine Veranstaltung der BStU-Behörde mit dem Thema »MfS-Maßnahmepläne gegen Oppositionelle« am 24. Februar 1994 förderte zu »Zersetzungsmaßnahmen« nur Mageres zutage. Einem Gedächtnisprotokoll über diese Veranstaltung zufolge äußerte Ulrike Poppe, daß in den Maßnahmeplänen des sie betreffenden OV »Zirkel II« Zersetzung »mit drin« gewesen, aber nur »versteckt formuliert« worden sei. Eine Hortnerin habe ihr berichtet, daß die Schulleiterin ihres Sohnes die Lehrer der Schule auf dessen Einschulung vorbereitet habe. Ihr Sohn sei jedoch nicht benachteiligt worden. Man habe

sogar durch besondere Förderung versucht, den Eltern die Wirkungslosigkeit ihrer politischen Haltungen vor Augen zu führen.
Wahrlich eine überzeugende Begründung für Zersetzungsmaßnahmen!
Rainer Eppelmann äußerte auf der gleichen Veranstaltung, daß gegen ihn seitens des MfS alles durchgespielt worden sei – bis zum Mord. Man habe davon

661

nur Abstand genommen, weil bei einem inszenierten Verkehrsunfall unter Umständen auch Unbeteiligte mit zu Schaden gekommen wären. Er vergaß dabei zu erwähnen, daß diese »Idee« der Phantasie eines einzelnen Mitarbeiters entsprungen und vom zuständigen Stellvertreter des Leiters der BV Berlin entschieden zurückgewiesen worden war. Im Ergebnis eines unmittelbar danach durchgeführten Kontrolleinsatzes unter Beteiligung der HA XX wurde dieser Mitarbeiter aus dem MfS entlassen, andere wurden wegen Vernachlässigung ihrer Kontroll- und Aufsichtspflichten von Funktionen abgelöst und versetzt. Eppelmann erwähnte dann noch »säuische Briefe an Gemeindemitglieder«, was immer das gewesen sein soll. Näheres teilte er an jenem Abend nicht mit. Damit war das Angebot der Gauck-Behörde zum Thema Zersetzung am 22. Februar 1994 erschöpft. *(Zum Thema Zersetzung wurde bereits ausführlich im Beitrag zu den Hauptaufgaben und Methoden der Abwehr in diesem Band berichtet.)*

Eine Methode der Zersetzung war die Verbreitung anonymer Schriften. So erschien über längere Zeit in der Berlin-Brandenburgischen Kirche eine Schrift mit dem Titel »Der wachsame St. Michael«. Vorgebliche Moralwächter aus den Reihen der Kirche prangerten darin vermeintliche moralische Verfehlungen kirchlicher Amtsträger und Gemeindemitglieder an. Für die Wirkung war entscheidend, daß diese Schrift nicht dem MfS zugeordnet wurde. Kirchenobere meinten: »Diesen schleimigen Pfaffenstil macht uns keiner nach!« Die dabei verwandte Methode ist nicht patentiert. Sie konnte beispielsweise auch an dem am 22. März 2000 ausgestrahlten verleumderischen Fernsehfilm zum angeblichen »Stasi-Mord« an dem Fußballer Eigendorf (»Tod dem Verräter«) studiert werden: Jeweils zwei richtige und nachprüfbare Tatsachen werden mit einer frei erfundenen Behauptung kombiniert, so daß der Anschein der Authentizität entsteht. Auf diese Weise lassen sich rufschädigende Unterstellungen politisch unliebsamen Personen andichten, und es entstehen Gerüchte, gegen die die Betroffenen kaum eine Chance haben sich zu wehren.

Im Fall Eigendorf wurde aus der nachprüfbaren Tatsache von dessen intensiver Beobachtung durch das MfS in der Bundesrepublik und der verständlichen Verägerung des Ministers für Staatssicherheit und anderer leitender Mitarbeiter des MfS über Eigendorfs Verrat (er war Fußballer beim BFC Dynamo und VP-Angehöriger) eine abenteuerliche Behauptung gedreht: Eigendorf wäre vom MfS in den Tod getrieben worden. Bekanntlich erlitt der Fußballer einen Autounfall mit 2,2 Promille.

Innerhalb des Bundesnachrichtendienstes (BND) kursierte jahrelang die Schrift »Die neue Nachhut«, in der vorgebliche CSU-Seilschaften im BND

662

sich artikulierten, Unmut und Widersprüche innerhalb des BND anstachelten, die Entscheidungen von Vorgesetzten glossierten usw. Allein die Tatsache, daß die Urheber dieser Schrift und ihre Informationsquellen nach eigenem Bekunden nicht ermittelt werden konnten, war ein Armutszeugnis für den BND.

Die Aktivitäten von im Verdacht der politischen Untergrundtätigkeit stehenden Gruppen wurden durch das MfS vor allem dadurch eingeschränkt, daß diese mit sich selbst beschäftigt bzw. Streit und Widersprüche zwischen den Gruppen ausgelöst oder verstärkt wurden. So lange sie nur darüber stritten, auf welche Weise der DDR am besten Schaden zugefügt werden konnte und zu keiner Einigung kamen, bestand für das MfS keine Veranlassung, mit repressiven Maßnahmen einzugreifen. Viel Zeit verbrachten diese Gruppen – genährt von gezielten Indiskretionen und ausgestreuten Gerüchten seitens des MfS – damit, die Informanten des MfS in ihren Reihen aufzuspüren, denen sie mangels Fähigkeiten zur kritischen Selbstreflexion alle Schuld an ihren Mißerfolgen zuschrieben.

Vom Verfassungsschutz der BRD ist bekannt, daß einige der Gründungen der sogenannten K-Gruppen – pseudokommunistische Gruppierungen, die sich in den 60er Jahren vorwiegend auf die Politik der VR China beriefen –

auf seine Initiative zurückgingen. Vertreter solcher Gruppen tauchten später in der Partei »Die Grünen« auf. Heute sind sie aktiv, um die ungeliebte jährliche Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu diskreditieren. Auch das Wirken mancher Chaoten am Rand des linken politischen Lagers scheint mit den Intentionen des Verfassungsschutzes durchaus zu korrespondieren.

Aufschlußreich ist unter diesem Aspekt wohl auch, was über die Tätigkeit des V-Mannes »Förster«, eines charakterlosen, kriminell gewordenen ehemaligen Mitarbeiters der Abteilung XX der BV Berlin, für den Verfassungsschutz berichtet wird. Über ihn schrieb »Der Spiegel« im Frühjahr 2000:

»Gerade als Antifa-Aktivist hat dieser Schachtschneider der Partei das Leben schwer gemacht. Die geheimbündlerische Gruppe bekämpfte vor allem PDS-Stadtrat Burkhard Kleinert, der angeblich Rechtsradikalen einen Jugendclub überlassen hatte. Die BDA-Kampfpostille »Zündschnüre« hetzte gegen den »Herrn Jugendstadtrat (PDS)«, der nichts unternehme, um die »tiefbraunen Umtriebe« zu unterbinden. Wochenlang legte der Krach mit der Antifa Teile der PDS lahm. Schachtschneider heizte die Konflikte an. Er schleppete die Pamphlete zur »Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS« – um auch diese Genossen gegen die PDS-Realos aufzubringen. »Druckt doch den Text nach« drängte er.«¹⁰⁰

663

Im MfS strikt verboten war der in westlichen Geheimdienst- und Polizeiorganen übliche Einsatz von »agents provocateur«, d. h. von Personen, die Straftaten provozieren, um ein strafrechtliches Eingreifen zu ermöglichen. Auch Beteiligung von IM an Straftaten war nicht gestattet. In dieser Frage wurde bis zum Ende des MfS keinerlei Kompromiß eingegangen, obwohl gerade die Beteiligung an antisozialistischen Aktionen in den militantesten Gruppen als Vertrauensbeweis hoch bewertet wurde. Der strikte Verzicht des MfS auf diese Methode blieb stets unantastbar – auch ungeachtet der Tatsache, daß damit das Vordringen von IM in die Planungs- und Entscheidungsebene derartiger feindlicher Gruppierungen erschwert wurde.

Wer die Methode der Zersetzung kennt und einkalkuliert, kann sich vor ihr durch Offenheit, demokratische Streitkultur, Toleranz und Vermeidung vorschneller, emotionsgeladener Urteile sowie durch die nüchterne Analyse der Ergebnisse und Wirkungen von politischen Auffassungen in der Praxis wirksam schützen. Das ist heute auch notwendig.

Das politische Geschäft in der BRD bietet fast täglich Beispiele für Zersetzung mit zum Teil schwersten Folgeerscheinungen für die Betroffenen

– weit mehr, als das gesamte MfS in 40 Jahren seiner Existenz jemals hätte leisten können.

Und wurden nicht Dutzende Menschen im Osten Deutschlands in den Freitod getrieben, weil man sie an den öffentlichen Medien-Pranger stellte?

Und daran waren von BILD bis »Spiegel« alle gleichermaßen beteiligt. Die Lüge tötet, egal, ob sie in großen Lettern oder in kleinen Druckzeilen daherkommt.